

Als „asozial“ gebrandmarkt

Vor 75 Jahren: Wie Emma Ukrow das KZ Ravensbrück überlebte – eine Spurensuche in der eigenen Familie

VON JOACHIM HOPPE

Aus dem Konzentrationslager Ravensbrück wird Emma Ukrow im Februar 1945 entlassen: „Vier Tage vor der Entlassung wurden mir die Haare nochmals kurz geschoren. Anschließend wurde ich gefragt, wohin ich bei einer eventuellen Entlassung gehe. Ich gab die elterliche Wohnung in Bremen-Farge an. Nach meiner Ankunft musste ich mich sofort in ärztliche Behandlung begeben. Meine offenen Beine, die aufgrund einer Typhuserkrankung auftraten, als auch Rheuma. Auch war ich vollkommen unterernährt.“ Zu diesem Zeitpunkt ist die Großmutter meiner Frau gerade einmal 24 Jahre alt und war fast drei Jahre im KZ.

70 Jahre lang wusste niemand in der Familie etwas davon. Erst 2016, als wir ein Foto betrachten, das sie mit ihrer Tochter Ingrid beim Sonntagsausflug am Martini-Anleger zeigt, erzählt meine Schwiegermutter Ingrid von einer Tätowierung auf dem Unterarm ihrer Mutter: „Das bekommt man, wenn man zu vorlaut ist!“. Wir wollen mehr erfahren. Im hilfreichen Bremer Staatsarchiv finden wir alte Melderegister. 1938 wohnt Emma, ledig und Arbeiterin, noch in der Faulenstraße. Vom Auszug dort im Dezember 1941 bis zum Einzug in die Rekurmerstraße in Farge im Februar 1945 ist „unbekannt“ vermerkt und später durchgestrichen; darüber die neue Ortsangabe: Ravensbrück.

Stehstrafe mit Kostabzug

Darüber „stolpern“ wir nicht sofort, finden aber einen weiteren Vorgang im staubtrockenen Aktendeckel: „Antrag auf Grund des Bundesgesetzes zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung.“ Mit nahezu Kinderhandschrift am 10. September 1956 unterschrieben lesen wir: „Im Jahre 1941-42 war ich in Bremen in der Lloyd-Halle (Gaststätte) Faulenstr. beschäftigt. Wurde dann im Herbst 1941 nach Hannover (Aku-Werke) dienstverpflichtet. Habe nach 14 Tagen die Arbeit dort ohne Kündigung aufgegeben. Bin dann wieder nach Bremen zu obig genannter Arbeitsstelle zurückgegangen. War dort bis zu meiner Verhaftung am 3. Jan. 1942 beschäftigt. Wurde aber keinem Richter vorgeführt, mir wurde in der Wachstube nur mitgeteilt, dass ich ins KZ-Lager Ravensbrück käme. Am 9. Mai 1942 kam ich mit dem Transport nach Ravensbrück. (...) Bekam nach drei Monaten wegen Bastelns eines Pappdeckels 8 Tage Stehstrafe mit Kostabzug. Uns wurde immer vorgehalten, wir seien Ausschuss der Menschheit. Im Sommer wurde uns befohlen 12 Jüdinnen zu erschiesnen.“

Und weiter: „Das war im Jahre 1943. Da ich es aber verweigerte, bekam ich 12 Tage Dunkelarrest mit 25 Stockschlägen, auch wurde mir mein Haar abgeschnitten. Musste während der 12 Tage, je nach Laune der Lager SS stundenlang im Wechselbad stehen, mal heiss, mal kalt. Wenn ein Häftling vom Lager ausbrach, mussten alle Häftlinge drei Tage bei Wind und Wetter auf der Lagerstrasse stehen. Im Herbst 1943 kam ich in eine Munitionsfabrik. Da ich durch diese Misshandlungen und Kostabzüge körperlich geschwächt war, konnte ich die mir vorgeschriebene Arbeit nicht leisten. Daraufhin bekam ich wieder 25 Stockschläge mit Kostabzug. Wurde wegen großer Schwäche noch ins Revier gebracht. Nach 8 Tagen wurde ich einem Aussenkommando zugeteilt und musste mit anderen Häftlingen Bäume fällen. Ein Zivilist aus Fürstenberg schenkte uns Salz. Dies wurde von der Lager SS gesehen und wieder gab es 25 Stock-



Posieren am Martini-Anleger im Sommer 1957: Emma Kristens mit ihrer Tochter Ingrid. Als „Asoziale“ verbrachte die Bremerin fast drei Jahre im Konzentrationslager. FOTO: KRISTENS

schläge. Zur Strafe blieb ich dann als ‚Verfügbare‘ auf Block 23, bis zu meiner Entlassung. Als Verfügbare musste ich Leichen verbrennen und alles das machen, wofür man uns gut hielt.“ Eine Inhaftierungsbescheinigung des Internationalen Suchdienstes des Roten Kreuzes verweist auf eine Zugangsliste des Konzentrationslagers Ravensbrück, der zufolge Emma Ukrow mit der Häftlingsnummer 10 937 unter der Kategorie „asoz.“ am 9. Mai 1942 eingeliefert worden ist.

Weshalb wird Emma als „Asoziale“ kategorisiert und in ein KZ eingeliefert? Nur weil sie ohne Kündigung die Dienstverpflichtung bei den „Aku-Werken“ in Hannover verlassen hat? Der „Grunderlaß Vorbeugende Verbrechensbekämpfung“ vom 14. Dezember 1937 regelte, dass auch derjenige, der „durch sein asoziales

Verhalten die Allgemeinheit gefährdet“, auf dem Wege kriminalpolizeilicher Vorbeugehaft in ein KZ eingewiesen werden kann. Im Falle der Großmutter führt ihr „Lebenswandel“ und die in der Folge auftretende mehrfache Erkrankung an Geschlechtskrankheiten zunächst zu Krankenhauszwangsbehandlungen und von 1939 bis 1941, angewiesen vom Amtsgericht Bremen Blumenthal, zur „Fürsorgeerziehung“ in das Frauenheim „Himmelstür“ nach Hildesheim. So gerät sie in die, rassenideologisch wie kriegsbedingt, immer enghemmer sich auch um „Asoziale“ legenden gesetzlichen, gesundheitsamtlichen und polizeilichen Fallen und Fesseln des NS-Staates. Im April 1942 wird sie im „Säulengefängnis Ostertor“ in polizeiliche Vorbeugehaft genommen, einen Monat später beginnt der Transport nach Ravensbrück.

Der im Bremer Melderegister vermerkte „Wohnort“ Ravensbrück wurde 1939 von meist weiblichen Häftlingen des KZ Sachsenhausen errichtet. Ab 1942 von der SS auf die Kriegsproduktion ausgerichtet, waren insgesamt rund 120 000 Frauen aus über 30 Nationen in Ravensbrück inhaftiert. Als „Verfügbare“ wird Emma für physische und psychische Schwerstarbeit herangezogen. Mit den permanent steigenden Bedarfen von Kriegswirtschaft und Rüstungsproduktion ist auch die Zahl der Häftlinge enorm gestiegen. Völlige Überbelegung, Ausbreitung von Ungeziefer und eine Typhusepidemie, an der auch Emma erkrankt, sind Ende 1944 die Folge. Viele der Geschwächten werden in einer noch gegen Kriegsende errichteten Gaskammer ermordet. Warum wird die Großmutter, noch vor der KZ-Befreiung durch sowjetische Truppen am 30. April 1945, entlassen? Vielleicht schlicht um Platz zu machen für neue Opfer. Denn mit dem Vormarsch der Roten Armee werden noch zusätzliche Häftlinge aus östlicher gelegenen KZ auf „Todesmärschen“ auch nach Ravensbrück evakuiert.

Wie lebt sie weiter nach dem Überleben? Wem kann sie von ihrem Leiden erzählen? Wem offenbaren, dass sie als „Asoziale“ im KZ war und den schwarzen Winkel getragen hat? In ihrem Personalausweis von 1951 gibt sie unter „unveränderliche Kennzeichen“ an: „Narbe am rechten kleinen Finger“. Fünf Jahre später gibt sie im Wiedergutmachungsantrag unter „Beweismittel“ etwas anderes preis: „Tätowierung am linken Unterarm“. Tätowiert wurde nur in Auschwitz. Aber heute sind dort keine Unterlagen zu Emma Ukrow mehr vorhanden.

Wegen Hochverrats inhaftiert

Im Februar 1945 kommt sie zu ihrem Vater nach Farge. Erich Ukrow, Arbeiter und Kommunist, ist selbst von 1937 bis 1938 wegen Vorbereitung zum Hochverrat inhaftiert. Er unterstützt seine Tochter solange er lebt. Aber Emma kann nicht Fuß fassen. Schon im Juni zieht sie wieder aus, lebt eine Zeitlang in Bad Pyrmont, wo 1947 ihre Tochter Barbara geboren wird; Vater unbekannt. 1949 wohnt sie wieder in Bremen, zeitweise bei der Inneren Mission im Bunker am Bahnhofsplatz.

Erst danach ist äußerliche Stetigkeit erkennbar. Am 10. Juni 1950 heiratet sie den Wächter Fritz Kristens und wohnt in der Brinkstraße 49. Im August wird ihre zweite Tochter Ingrid geboren. Emma ist jetzt Ehefrau und Mutter zweier Kinder, die sie mit Konsequenz, großem Sinn für Gerechtigkeit und liebevoller Treue erzieht. Sie geht einer Arbeit als Putzfrau nach. Die letzten Jahre sind von permanenter Krankheit gezeichnet. Am 9. Dezember 1957 bescheidet das Landesamt für Wiedergutmachung: Emma Kristens ist nicht entschädigungsberechtigt. Am 18. Mai 1964 stirbt sie mit nur 44 Jahren an Krebs.

Am 13. Februar 2020 beschließt der Deutsche Bundestag, die während des Nationalsozialismus als „Asoziale“ und „Berufsverbrecher“ verfolgten Menschen als Opfergruppe anzuerkennen. Beide Opfergruppen wurden von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier in seiner Rede anlässlich der Gedenkfeier des Bundestages am 29. Januar dezidiert erwähnt. Heute, 75 Jahre nach ihrer Entlassung aus dem KZ, erinnern wir an Emma Kristens und das ihr widerfahrene Unrecht.

Joachim Hoppe, Diplom-Pädagoge, wohnt in Zeven und ist beruflich als Offizier der Bundeswehr im Bundespräsidialamt tätig.



Viele andere Geschichten finden Sie unter www.weser-kurier.de/wkgeschichte

Eine Gothestadt gab ihren Namen

Ilmenau in Bremen gewürdigt

VON PETER STROTMANN

Diese kleine Straße liegt im Ortsteil Peterswerder in der östlichen Vorstadt. In den Jahren 1929 bis 1931 wurde sie beidseitig bebaut. Mit ihren 48 kleinen Reihenhäusern wirkt sie recht gemütlich. Auch die breiten Vorgärten, eine Grünfläche vor der Straße und eine Grünfläche in der Straße, runden das Bild ab. Die Ilmenauer Straße zweigt als Einbahnstraße von der viel befahrenen Stader Straße ab und geht zur Altenburger Straße.

Für die Bedeutung des Straßennamens muss eine kurze Begriffserklärung frei nach „Wer weiß denn sowas?“ folgen: Die Ilmenauer Straße könnte nach dem Fluss Ilmenau, einem linken Nebenfluss der Elbe benannt sein. Doch dann würde sie nach den Grammatikregeln als Ilmenaustraße geschrieben. Die Ilmenauer Straße könnte nach der 1968 gegründeten Samtgemeinde Ilmenau benannt sein. Zu ihr gehören die Gemeinden Barnstedt, Deutsch Evern, Embsen und Melbeck. Doch die Straße in Bremen gab es schon 40 Jahre vorher.



Johann Wolfgang von Goethe FOTO: FREI

Tatsächlich wurde die Ilmenauer Straße laut Senatsbeschluss vom 16. November 1928 nach der Stadt Ilmenau in Thüringen benannt. Ilmenau ist eine Stadt mit fast 40 000 Einwohnern am Rande des Thüringer Waldes, im Tal des Flusses Ilm gelegen. Und sie ist nicht nur Universitätsstadt mit mehr als 5000 Studenten, sondern auch Gothestadt. Das hat sie Bremen voraus, denn Goethe weilte in Ilmenau von 1776 bis 1831 insgesamt 24-mal. In Bremen nicht ein einziges Mal.

Der Name Ilmenau ist aus zwei Worten zusammengesetzt: Ilmen, eine veraltete Be-

BREMER STRASSENAMEN

Angelegt: **1928**
Länge: **190 Meter**
Höchste Hausnummer: **48**

© WESER-KURIER, maps4news.com/©HERE

„Ein ungehobener Schatz an historischen Vorgängen“

VOR 50 JAHREN Bundespräsident Gustav Heinemann nahm gestern als Ehrengast an dem 426. Stiftungsfest des Hauses Seefahrt im Bremer Rathaus teil. In einer Rede setzte er sich mit Tradition und Traditionsbewusstsein auseinander und betonte, daß das deutsche Volk noch einen ungehobenen Schatz an historischen Vorgängen besitze, der es verdiene, ans Licht gebracht und im Bewußtsein des Volkes verankert zu werden. Heinemann verhehlte nicht, daß er damit die Taten jener „freiheitlich und sozial gesinnten Männer und Frauen“ meinte, die sich mit „der Bevormundung der Herrschenden nicht abfinden wollten“. Kennzeichnend für ein mangelhaftes Geschichtsbewußtsein sei es, daß selbst Nachfahren dieser Leute nichts von deren Kämpfen wüßten. „Dabei müßten ihnen solche Ereignisse weit mehr bedeuten als jene Kriege, die Kaiser und Könige zur Ausweitung ihrer Macht geführt haben.“



HINTERGRUND Nicht zufällig nahm die Geschichtsforschung seit den frühen 1970er-Jahren verstärkt deutsche Freiheitskämpfer und Revolutionäre ins Visier. Das hatte natürlich mit dem rebellischen Zeitgeist zu tun, dem Geist der 68er-Bewegung. Doch auch der seit Juli 1969 amtierende neue Bundespräsident Gustav Heinemann trug erheblich dazu bei, das verschüttete

Erbe wieder in Erinnerung zu rufen. Zahlreiche Historiker, die damals am Anfang ihrer akademischen Karriere standen, ließen sich von Heinemann inspirieren. Das Staatsoberricht selbst wiederum war beeinflusst von der eigenen Familiengeschichte: Zwei Brüder seines Urgroßvaters hatten 1848/49 an der Badischen Revolution teilgenommen, einer kam unweit der Festung Rastatt ums Leben, dem anderen gelang die Flucht nach Amerika.

Als gläubiger Christ war der aus Westfalen stammende Rechtsanwält Heinemann zeitlebens in der evangelischen Kirche aktiv. In der NS-Zeit gehörte er der „Bekennenden Kirche“ an, von 1949 bis 1955 war er Präses der damals noch gesamtdeutschen Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD). Zugleich engagierte er sich politisch als Mitbegründer der CDU, kurzzeitig amtierte er unter Bundeskanzler Konrad Adenauer 1949/50 als Bundesinnenminister, trat aber aus Protest gegen die angestrebte Wiederbewaffnung zurück. Nach dem gescheiterten Experiment mit der gesamtdeutschen Volkspartei (GVP) schloss sich Heinemann 1957 der SPD an. Von 1966 bis 1969 gehörte er abermals dem Bundeskabinett an, diesmal als Bundesjustizminister. Bei der Schaffermahlzeit kam Heinemann einmal mehr auf sein Herzensanliegen zurück, die so sträflich vernachlässigte frei-

heitliche Tradition in der deutschen Geschichte. Dabei ging es ihm keineswegs nur um die Revolution von 1848/49, deren Anhänger in der nationalistischen Geschichtsschreibung nur allzu oft als „Verlierer der Geschichte“ dargestellt wurden. Sein Blick ging weiter zurück bis in die Zeit der Bauernkriege. Einer demokratischen Gesellschaft stehe es schlecht an, wenn sie in aufständischen Bauern nichts anderes als meuternde Rotten sehe, erklärte Heinemann im Rathaus. „Es ist Zeit, daß ein freiheitlich-demokratisches Deutschland unsere Geschichte bis in die Schulbücher hinein anders schreibt.“ Dieser Appell stieß nicht durchweg auf Gegenliebe. Ausgerechnet die liberale Wo-

chenzeitung „Die Zeit“ lästerte im Januar 1976, Heinemanns Aufruf ziehe „Publikationen wie einen Kometenschweif hinter sich her“. Doch es ging dem Bundespräsidenten auch um handfestes Erleben: Kurz vor Ende seiner Amtszeit weihte er 1974 noch die „Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte“ im Schloss Rastatt ein. Heinemann starb am 7. Juli 1976 im Alter von 76 Jahren. Seine Frau war die aus Bremen stammende Hilda Ordemann, ihre Tochter Uta Ranke-Heinemann machte sich als streitbare Theologin einen Namen, seine Enkelin Christina heiratete den späteren Bundespräsidenten Johannes Rau. Das Bürgerhaus in Vegesack wurde 1977 nach Heinemann benannt.



Hoch die Becher: der frischgebackene Bundespräsident Gustav Heinemann mit Bürgermeister Hans Koschnick am 13. Februar 1970 als Ehrengast der Schaffermahlzeit im Bremer Rathaus. FOTO: KLAUS SANDER

zeichnung für die Baumart Ulmen und Au für Flussaue. Damit war Ilmenau vor der Besiedlung eine mit Ulmen bestandene Flussaue. In ganz Deutschland gibt es mindestens 29-mal eine Ilmenauer Straße, davon befinden sich fast zwei Dutzend in den Ländern Thüringen und Sachsen.

Mein Bremen 1968 bis 1983

Das Magazin des WESER-KURIER mit Bildern aus den privaten Alben unserer Leserinnen und Leser. 138 Fotos zeigen die Stadt in der Zeit von 1968 bis 1983, privat und aus verschiedenen Perspektiven. Zu haben ist das Magazin in unseren Geschäftsstellen und dem Buchhandel sowie in unserem Onlineshop unter www.weser-kurier.de/shop. Oder telefonisch bestellen unter 04 21 / 36 71 66 16. 138 Fotos auf 100 Seiten, 9,80 Euro.

REDAKTION GESCHICHTE
Telefon 0421 / 36 71 37 60
Mail: wkgeschichte@weser-kurier.de